

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

11.7.1931 (No. 159)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: I. R.: G. W. Seyfried Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, 7. Stockwerk, Nr. 355 und 354, Postfach Nr. 3515

Wagnispreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kopierabatt gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bewacht. Bei Klageerhebung, z. B. wegen Verletzung des Patents, fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Wasserschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Untertagte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofschreibstättler, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Um die Kredite Politische Bedingungen

Die Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten in Paris wegen der geplanten großen deutschen Anleihe zum Ersatz der kurzfristigen Kredite und zunächst wegen eines neuen Ausleihkredits für die durch die privaten Kreditkündigungen des Auslands weiter in schwieriger Lage befindliche Reichsbank, sind am Freitag kaum vorwärtsgelungen. Meldungen von einem Abbruch der Verhandlungen werden jedoch demütiert. Paris sucht weiter politische Bedingungen durchzusetzen, die von englischer Seite eine gewisse Unterstützung finden. Dr. Luther erklärte Pariser Journalisten lakonisch, er habe mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, nur als Bankier zum Bankier gesprochen und könne weiter nichts sagen. Nach Pariser Meldungen werden die Hauptverhandlungen erst in Basel am 12. und 13. Juli stattfinden. Der Reichsbankpräsident ist nicht, wie angekündigt worden war, am Freitagabend nach Berlin zurückgekehrt, sondern in Paris verblieben, wo er auch Unterredungen mit dem Finanzminister Flandin hatte. Dr. Luther wird erst heute abend mit Flugzeug nach Berlin zurückkehren.

Nachrichten, daß ein amtlicher englischer Schritt zur Unterbrechung der französischen politischen Bedingungen in Berlin erfolgt sei, werden demütiert. Das Echo, das die britische Anregung zu einer großmütigen Hilfe Deutschlands durch Aufgabe der Zollunion und des weiteren Vanzervertrages in der Berliner Presse gefunden hat, nimmt „Daily Herald“ in einem Leitartikel zum Anlaß, zu schreiben:

Wir bedauern es außerordentlich, daß unsere Anregung, Deutschland zur Hilfe an der Weltfriedung aufzufordern, von der Berliner Presse so ungünstig aufgenommen worden ist. Wir betrachten einen Versuch, die gegenwärtige Krise zur Erpressung politischer Zugeständnisse von Deutschland oder zum Diktat von Bedingungen zu benutzen, als ebenso schmachvoll wie unnützlich. Deutschland muß rein von Zwang sein; aber gerade deshalb fordern wir es dringend auf, eines seiner stolzen Privilegien, das der Freiheit, auszuüben — die freiwillige Leistung von Diensten zum allgemeinen Wohl. Deutschland hat jetzt eine Gelegenheit für solche Dienste. Verschäumt es diese, dann wird es seine Feinde entzünden, seinen Kritikern recht geben und seine Freunde enttäuschen.

Zu dieser gleichen Angelegenheit bemerkt „Daily Telegraph“, er sei zur Erklärung ermächtigt, daß die britische Regierung nicht bestrebt gewesen sei, Deutschland irgendwelche politischen Bedingungen für ihn unter dem Hoover-Abkommen zu gewährenden finanziellen Erleichterung aufzulegen. Kein politischer Druck sei von London auf Berlin ausgeübt worden. Andererseits, wenn Berlin die Möglichkeit sähe, gewisse Flottenausgaben und den Abschluß der Zollunion während der Dauer des Moratoriums aufzuschieben, so würde eine solche Vorkommen geheißen werden.

Der Prozeß gegen Dr. Franken Ein aktiver Minister vor Gericht

11. Juli. (Tel.) Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute der Prozeß gegen den braunschweigischen Minister des Innern und für Volksbildung, Dr. Anton Franken. Der Minister wird beschuldigt, dem Landwirt Guth am 13. Oktober v. J. nach einem Vergehen begünstigt zu haben, um ihn der Bestrafung zu entziehen. Die Anklage ist erhoben auf Grund des § 257 des StGB. Für die Verhandlung sind vorläufig zwei Tage vorgezogen. Heute erfolgt zunächst die eingehende Vernehmung Dr. Franken. Es ist übrigens das erste Mal, daß ein aktiver deutscher Staatsminister sich vor einem Strafgericht zu verantworten hat.

Minister Franken äußerte sich nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses sehr ausführlich zur Sache. Er sei, erklärte er, während er sich in einem Restaurant mit einigen Abgeordneten unterhalten habe, telephonisch angerufen worden, wobei ihm mitgeteilt worden sei, auf der Polizeiwache am Potsdamer Bahnhof sei eine Person eingeliefert worden, die sich wegen der Legitimation auf ihn berufen habe. Es handele sich, so sei ihm gesagt worden, um einen gewissen Lohse. Der Landtagsabgeordnete Lohse habe sich zu dieser Zeit an seinem Tisch befunden, und er sei mit ihm nun zur Wache gegangen. Dort wurde er mit Bezug auf Guth, um diesen handelte es sich nämlich, gefragt, ob er ihn kenne. Er habe dies bejaht. Dann habe ihm der Beamte den Fahrtausweis von Lohse vorgehalten und ihn gefragt: „Kennen Sie den Hg. Lohse?“ Er habe auf das Bild hingewiesen und gesagt: „Das ist Lohse“. Dann habe ihm der Beamte ein anderes Fahrbild gezeigt und ihn gefragt, ob die beiden Bilder identisch seien. Er habe geantwortet, das müßte der Beamte doch aus den Bildern selbst feststellen können. Später sei ihm gesagt worden, wenn er erkläre, daß der Festgenommene Lohse sei, könne man ihn wieder freilassen. Eine derartige Erklärung habe er aber nicht abgegeben. Auf Veranlassung von Polizeimajor Heinrich sei Guth dann nach der Abt. I A eingeliefert worden. Er, Franken, sei mitgefahren und habe hierbei zu einem Polizeibeamten gesagt, daß der Festgenommene nicht Lohse, sondern der Landwirt Guth sei. Der Beamte habe gefragt, weshalb er das nicht gleich gesagt habe, worauf er erwidert habe, daß ihm das vor den vielen Leuten auf der Wache unangenehm gewesen sei. Auch auf dem Polizeipräsidium habe er Guth richtig legitimiert.

Letzte Nachrichten

Die Kreditverhandlungen Luthers Vor der Berichterstattung

11. Juli. (Priv.-Tel.) Reichsbankpräsident Dr. Luther, der Paris heute vormittag 11.40 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Flugzeug nach Berlin verlassen hat, wird sich, wie wir erfahren, heute nachmittag unmittelbar nach seiner Ankunft aus Paris auf dem Flughafen Tempelhof, die kurz nach 17 Uhr erwartet wird, in die Kabinettstiftung begeben, die während des Weekends beinahe permanent tagen wird, um die durch die gestrigen Verhandlungen Luthers in Paris geschaffene Lage zu besprechen. Dem Vernehmen nach soll in engsten Kreisen des Kabinetts bereits ein Plan vorliegen, wie weiterhin vorgegangen werden soll, doch hängt seine amtliche Bestätigung im wesentlichen vom Bericht Dr. Luthers ab. Es läßt sich deshalb auch noch keineswegs überblicken, welche Maßnahmen im einzelnen ergriffen werden. Jedenfalls finden die neuesten Nachrichten aus Amerika in den hiesigen politischen Kreisen besondere Beachtung.

Um die Verlängerung des Ausleihkredits

11. Juli. (Priv.-Tel.) In Wallstreet-Kreisen erwartet man, daß das Federal Reserve Board, die Bank von England und die Bank von Frankreich der Reichsbank unverzüglich einen Kredit zwischen 200 und 300 Millionen Dollar einräumen werde unter der Bedingung, daß diese zu Kreditrationierungen schreitet und die privaten Banken Amerikas, Englands und Frankreichs die bisher gewährten Kredite weiter in Deutschland belassen.

11. Juli. Während von der Bundesregierung jede Äußerung über die gestrige Besprechung zwischen dem Gouverneur der Bank, Harrison und Carter Gilbert, den jetzigen Teilhaber v. J. P. Morgan & Co., sowie über eine Beteiligung der Reservebehörde an dem geplanten Reichsbankkredit abgelehnt worden ist, erwarten Bankkreise ein Kreditarrangement für Anfang nächster Woche. Dabei wird hervorgehoben, daß unbedingt eine baldige Kreditgewährung erfolgen müsse und das einzig wirkliche Hindernis offenbar nur die Verbindung der Kreditgewährung mit den von Frankreich erhobenen politischen Forderungen ist. Obwohl vielfach die Meinung herrscht, daß der kürzliche 100-Millionen-Dollarcredit etwas größer hätte sein sollen, wird auf die Größe des erwartenden neuen 200- bis 300-Millionen-Dollarcredits hingewiesen. Wie verlautet, setzt die Reservebehörde bei ihrer Kreditbeteiligung voraus, daß die hiesigen Banken ihre kurzfristigen Kredite in Deutschland belassen, da sie es als zwecklos anseht, der Reichsbank Kredite zu gewähren, wenn die kurzfristigen amerikanischen Privatkredite aus Deutschland herausgeholt werden.

Die blutigen Demonstrationen in Kullm

11. Juli. (Tel.) Vor dem Magistrat in Kullm versammelten sich gestern nachmittag etwa 1000 Arbeitslose. Polizei erschien und forderte die Menge auf, auseinander zu gehen. Als dies nicht geschah, und aus der Menge Steine geworfen wurden, ging die Polizei mit Tränengas und der Schußwaffe vor. Einer der Demonstranten wurde getötet, mehrere wurden verwundet. Die Unruhen dauern jedoch fort, so daß die Polizei Hilfstruppen aus Thorn anforderte.

Die Einladungen zur Sachverständigenkonferenz

Das britische Auswärtige Amt hat am Freitag die Einladungen an die hauptsächlich am Youngplan interessierten Mächte zu der Konferenz in London gesandt, die am Freitag nächster Woche um 11 Uhr im Schahamant beginnt. Die Einladungen sind an Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Vereinigten Staaten und Deutschland ergangen. Wie verlautet, hat das britische Schahamant mitgeteilt, daß es auf die am 15. Juli fällige Zeitsumme der geschützten und ungeschützten Annullität verzichtet. Hiermit hat Großbritannien den Hooverplan offiziell in Kraft gesetzt.

Besitzergreifung Ostgrönlands durch Norwegen

Norwegen hat offiziell das Ostgrönland-Besitz ergriffen. Es handelt sich dabei um das Gebiet zwischen 75. Grad 40 Min. und 71. Grad 30 Min. östlicher Breite. Die Entscheidung über die Ostgrönlandfrage wurde nachts in einem unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministerrat getroffen. Es wurde eine Grundlage der Weisung des Streits mit Dänemark geschaffen, um den Saager internationalen Schiedsgerichtshof anzurufen, da die dänischen Vorschläge in einer so lebenswichtigen Frage nicht als annehmbare Grundlage bezeichnet werden könnten.

Der Preussische Landtag nahm am Freitag Anträge auf Milderung der Erwerbslosigkeit und zur Abgeltung von Unwetterschäden an und vertagte sich auf den 13. Oktober.

Die Lage der Reichsbank

Die Tatsache, daß politische Momente bei wirtschaftlichen Verhandlungen jetzt auch Eingang bei den Stellen (in England) gefunden haben, die sich bisher von solchen Einbrüchen freizuhalten verstanden, hat in Berlin stark verstimmt. Die Prolongation des 400-Millionen-Kredits für die Reichsbank wird jedoch schließlich zustandekommen müssen. Durch die noch immer fortwährenden Kreditabzüge von Seiten der privaten Auslandsbanken ist auch der 50-Millionen-Dollar-Kredit der Deutschen Golddiskontbank aufgezehrt worden, und die Reichsbank wird sich, falls ihr kein zusätzlicher Kredit zur Verfügung gestellt wird, möglicherweise nun doch genötigt sehen, beim Generalrat die Genehmigung zur vorübergehenden Unterschreitung der 40prozentigen Deckungsquote einzuholen. Gewiß wird die Reichsbank versuchen, durch verschärfte Kreditrestriktionen die Deckungsverhältnisse über 40 Prozent zu halten. Ob dies aber in der kurzen Frist möglich sein wird, steht noch dahin.

Kommt es jedoch infolge der Verschleppung der Kreditverhandlungen zur Einberufung des Generalrates, so ist dies auch deshalb bedenklich, weil die bisherigen Kredite, die die Reichsbank im Interesse der Wirtschaft aufgenommen hat, lediglich den Zweck hatten, einen solchen Schritt zu vermeiden. Währungsrechtlich aber muß man bedenken, daß eine im Bankgesetz für außerordentliche Zeiten ausdrücklich vorgesehene Maßnahme keinen Sinn hätte, wenn ihre folgerichtige Anwendung auf psychologische Hindernisse stieß.

Eine Berliner Meldung der „Frankf. Ztg.“ wendet sich gegen die in französischen Zeitungen betretenen Ansichten, die Hauptursache der augenblicklichen deutschen Schwierigkeiten sei die Kapitalflucht. Deutschland müsse vor allem diese abstellen, bevor es an weitere Unterstützung im Ausland denken könne. Was den Umfang der Kapitalflucht betreffe, sei so jenseitig sicher, daß sie bis vor kurzer Zeit bei den Devisenanforderungen der Reichsbank nicht besonders ins Gewicht fiel. Nach Schätzungen aus zuverlässigen Quellen dürfte von Ende Mai bis Ende Juni die Kapitalflucht nur etwa 250 Mill. Reichsmark betragen haben, während gleichzeitig an Auslandsgeld etwa 1 1/2 Milliarden zurückgezogen wurden. Seit einigen Tagen ist allerdings der Anteil der Kapitalflucht an den Devisenanforderungen wahrscheinlich etwas gewachsen, da die Notwendigkeit im Inland durch verschiedene Faktoren neuerdings verstärkt wurde. Namentlich ist zu bemerken, daß die Nachfrage nach ausländischen Noten und Gold, also die Kapitalflucht der kleinen Leute, im Steigen begriffen ist; es dürften zur Zeit täglich mindestens 2 Mill. Reichsmark in Noten und Gold verlangt werden. Man bemerkt schon seit einiger Zeit, daß verschiedene infolge der Kreditrestriktion der Erlös von Exporten zurückgehalten wird, und daneben werden zum Teil Devisenkäufe der Industrie beobachtet. Bei alledem handelt es sich aber anscheinend immer noch nicht um Summen, die gegenüber demjenigen Devisenbedarf ins Gewicht fallen, der aus den ausländischen Kündigungen resultiert. Vom Ausland und auch immer wieder vom Inland her werden zwei Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht gefordert. Die eine ist eine schärfere Kreditpolitik der Reichsbank. Vor allem ist es natürlich Sache der Banken und übrigens auch ihr eigenes Interesse, gegenüber den Kunden, die Devisen zurückhalten oder Kapital ins Ausland bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Die größte Schwierigkeit ist, daß die Kreise, die Devisen kaufen oder Kapital ins Ausland brachten, vielfach gar nicht mit deutschen Bankkrediten arbeiten. Der zweite Weg ist der der gesetzlichen bzw. polizeilichen Maßnahmen. Deutschland und mit ihm die meisten Länder haben in den Jahren nach dem Krieg die Rubrizität aller gesetzlichen Mittel feststellen müssen. Gegen Kapitalflucht gibt es nur ein sicher wirkendes Mittel, nämlich die Wiederherstellung des Vertrauens. Das muß auch das Ausland einsehen, das seinerseits den entscheidenden Schritt zu eben dieser Wiederherstellung des Vertrauens zu tun hat. Ein Kredit von großen Ausmaßen wird aller Welt zeigen, daß die Lage Deutschlands nicht verzweifelt ist, und wird damit das sicherste Mittel auch zum Aufhören der Kapitalflucht bilden.

Zum Nachdenken stimmen Meldungen aus London. Dort finden anscheinend starke Goldkäufe deutscher Kapitalflüchtiger statt. Die deutschen Käufer des Goldes tauschen die in London erworbenen Barren überdies bei der Reichsbank gegen Münzgold (20-Markstücke, Golddollars und Sovereigns) ein. Diese Methode hat in den letzten Wochen stark überhand genommen. Um welche Beträge es sich dabei handelt, geht daraus hervor, daß die Reichsbank in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. auf diese Weise 30 Mill. Reichsmark Münzgold hergeben mußte. Jedenfalls ist der Gedanke widerlich, daß in einem Augenblick, in dem Deutschland in die ganze Welt SOS-Rufe nach Geld ausstößt, die eigenen Bürger ihr Mißtrauen gegen die Heimat an einem Weltplatz wie London deutlich zum Ausdruck bringen.

Über die Schädigung des deutschen Kredits durch die bekannnten Vorkommnisse schreibt die Basler „Nationalzeitung“: „Man muß die Dinge beim rechten Namen nennen: die unerhörten Vorkommnisse bei einer Anzahl deutscher Industrieunternehmen, die Vorfälle bei Karstadt und Nordwolle und bei der Deutschen Linoleumfabrik haben im Ausland Mißtrauen, verallgemeinerndes Mißtrauen gegen die deutsche Industrie und gegen die deutsche Bankwelt hervorgerufen.“ Das Blatt be-

grüßt die Umschaltungsaktion von der Reichsbank zur Gold-
diskontbank und der Haftung der Industrie- und der Banken,
deren Wirkung eine günstige sei.

Londoner Banken gegen Zurückziehung der Kredite aus Deutschland

WLD. London, 11. Juli. (Tel.) Die „Financial News“ be-
richtet, hat gestern eine Sitzung der Londoner Akzept- und
Bankhäuser stattgefunden, in der Mittel und Wege besprochen
wurden, der Zurückziehung von Krediten aus Deutschland zu
begegnen. Man glaubt, daß diese Sitzung eine unmittelbare
Folge des Besuchs des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther in
London sei. In dieser Sitzung wurde beschlossen, ein Aberein-
kommen zwischen den Banken herbeizuführen, weitere Kredit-
kündigungen nicht vorzunehmen.

Kurze Nachrichten

Abchied der englischen Kriegsschiffe von Kiel. Die englischen
Kreuzer „Dorsetshire“ und „Korfall“ haben heute, Samstag-
morgen nach achtstündigem Aufenthalt Kiel wieder verlassen, um
durch den Nordostkanal in ihre Heimat zurückzukehren. Als
die Schiffe unter den Klängen der Musik an den deutschen
Kriegsschiffen vorbeifuhren, sandte der deutsche Flottenchef,
Vizeadmiral Oblep, dem englischen Admiral folgendes Signal:
„Waren sehr erfreut über ihren Besuch. Wünschen eine an-
genehme Reise.“ Der englische Admiral, Aitken Austin, ant-
wortete: „Lebewohl, herzlichen Dank. Ich scheidet mit Be-
dauern.“

Steinwürfe auf das amerikanische Konsulat in Köln. Ein
Fenster des amerikanischen Konsulats in Köln wurde Freitag
abend durch Steinwürfe zertrümmert. Die Täter, vermutlich
Kommunisten, konnten bis jetzt nicht ermittelt werden. Ein
Konsulatsbeamter wurde durch Glasplitter des Fensters am
Nacken verletzt. Etwa 10-12 jüngere Leute stellten sich, wäh-
rend die Steine geworfen wurden, vor das Fenster und riefen:
„Gebt die Regier frei!“ Es handelt sich wahrscheinlich um eine
Kundgebung gegen das Todesurteil gegen 10 Regier, die sich
in Amerika an weißen Mädchen vergangen haben sollen und
dieser Tage hingerichtet werden sollten. Der Polizeipräsident
hat dem amerikanischen Konsul sein Bedauern ausgesprochen.
Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Der bayerische Ministerpräsident reist in die Pfalz. Minister-
präsident Dr. Held ist von München zu einer Reise nach der
Pfalz abgereist.

Zum Fall Wolf-Kienle. Wegen eines Artikels „Mittelalter
in Stuttgart“ im „Berliner Tageblatt“, der sich mit den an-
geblichen Untersuchungsverfahren der Stuttgarter Justizbehörden
in dem Fall Wolf-Kienle befaßt, und schwerer Vorwürfe
gegen die beteiligten Beamten der Justizverwaltung erhebt,
hat das württembergische Justizministerium gegen den Ver-
fasser des Artikels Strafantrag gestellt.

Reichstagspräsident Lobe im Straßentumult. Anlässlich
eines kurzen Besuchs des Reichstagspräsidenten Lobe in
Heide (Holstein), wo er auf einer sozialdemokratischen Ver-
sammlung zum Thema „Die Notverordnung und der Weg der
Sozialdemokratie“ sprach, kam es zu erheblichen Straßentumulten.
Der Reichstagspräsident mußte sich in ein Haus flüchten,
und konnte sich erst, nachdem die Polizei den Platz säubert
hatte, ins Versammlungslokal begeben.

Berlins Haushalt angenommen. Der Haushalt der Stadt
Berlin für das Rechnungsjahr 1931 wurde am Donnerstag
in ordentlicher Abstimmung mit 104 gegen 99 Stimmen an-
genommen. Insgesamt waren 204 Stimmen abgegeben, eine
Stimme ungültig. Dafür haben gestimmt Sozialdemokraten,
Kommunisten, Staatspartei, Zentrum und Christlicher Volks-
dienst, dagegen Kommunisten, Deutschnationale, National-
sozialisten und Wirtschaftspartei. Der Sieg der Haushalts-
parteien wurde ermöglicht durch eine schwache Besetzung der
Opposition, denn die etatsfeindlichen Parteien haben insge-
samt nur 107, die etatsfreundlichen Parteien 118 Sitze.

Rechtsanwalt Luchner t. Der frühere Bürgermeister von
Meran, Rechtsanwalt Luchner, wurde in der Nähe des Depo-
talar Hochjochs auf österreichischem Gebiet tot aufgefunden.
Der Tod ist vermutlich durch Herzschlag eingetreten. Man
nimmt an, daß Luchner versucht hat, die italienisch-österreichische
Grenze zu Fuß zu überschreiten, da ihm wiederholt der
Auslandspass zum Verlassen des italienischen Gebietes ver-
weigert worden war, und er den Anstrengungen der Hochge-
birgswanderer nicht gewachsen war. Luchner war einer der
Führer des Deutschtums in Südtirol.

Konzertdämmerung

Die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise haben
auch vor dem Konzertsaal nicht Halt gemacht. Würde man
dies nicht an vielen betrüblichen Tatsachen schon längst bemerkt
haben, so müßte man es allein sehr deutlich aus dem Umstand
erkennen, daß heuer ziemlich überall in Deutschland sang- und
klanglos eine Konzertsaison zu Ende ging, anstatt durch Fest-
aufführungen nochmals einen intensiveren Aufschwung und
fröhlichen Abschluß zu erfahren.

Nun ist freilich gerade für solche sonst übliche Parade-Dar-
bietungen die Zeit viel zu ernst, und auf sie könnte man getrost
und ohne ein Wort weiter darüber zu verlieren Verzicht leisten,
wenn heute hinter ihrem Ausbleiben nicht so drohend die An-
zeichen eines Nachlassens der Spannung ständen, wenn auch
ihre Fehlen nicht abermals blühartig die gegenwärtige Gesamt-
situation beleuchtete. Und zwar ist keineswegs bloß ein Tief-
stand am Barometer der Publikumssympathien zu konstatieren,
mehr Sorge als diese natürlich zum Teil ebenfalls durch die
Krise mit heraufbeschworene vorzeitige Verrückung der Hörer be-
reitet deren Abwanderung aus den winterlichen Konzertsä-
len überhaupt, die nicht nur in einer momentanen Notlage
begründet, sondern de facto die Folge einer äußerst beäng-
stigenden Musikmüdigkeit ist. Da hilft denn nun kein platonisches
Gebet und falsches Gerede vom immer noch „lebendigen“
Musikinteresse, da erhebt sich wirklich die ernste Frage:
Wie und wann überhaupt noch dem deutschen Volk sein konzert-
wesen erhalten werden oder ist diese einst so bedeutsame kul-
turelle Einrichtung zum Verfall reif und soll man sie von dem
Biedertal, das sie mindestens ein volles Jahrhundert einge-
nommen hat, jetzt einfach herunterstoßen lassen?

Wir lieben allerdings nicht das pessimistische Geträse
schwarzer Vögel, die das Letztere als unabwendbar prophezeien,
aber andererseits fällt es sogar einem weisen Mann schwer,
nur ein kleines „Anzeichen“ von jenem berühmten „Silber-
streifen am Horizont“ zu entdecken, das wenigstens für die
nächste Zukunft einen gesunden Fortbestand garantieren
könnte. Dafür ist der ursächliche Zusammenhang zwischen der
musikalischen Kulturkrise unseres Volkes und seinen sonstigen
Lebensbedingungen wahrlich schon immer zu sehr gelodert, dafür
ist die künftliche, einstweilen noch immer zu sehr gelodert, dafür
aufgemachte Fassade des herkömmlichen Musikbetriebes gar
zu veraltet und baufällig. Doch selbst, wenn wir die Frage
bisher nur von den karlsruher Verhältnissen aus zu beant-

Das Beschaffungsprogramm der Reichsbahn

50 000 Arbeiter eingestellt

Entsprechend den Verlautbarungen über das Beschaffungs-
programm im Zusammenhang mit der Notverordnung sind bei
der Deutschen Reichsbahn seit dem letzten Montag rund 50 000
Zusatzarbeiter neu eingestellt worden, die auf die Dauer von
fünf Monaten, und zwar 40 Stunden in der Woche, mit der
Erneuerung des Gleisoberbaues beschäftigt und nach Ablauf
dieses Zeitraums wieder entlassen werden.

Ursprünglich waren für dieses Arbeitsprogramm 200 Mil-
lionen Reichsmark in Aussicht genommen worden, für welche
Summe 60 000 Arbeiter eingestellt und umfangreiche Material-
lieferungen getätigt werden sollten. Da aber nur die Hälfte
dieses Betrages, nämlich 100 Millionen Reichsmark, aufgebracht
wurde, hat sich die Zahl der einzustellenden Arbeiter auf 50 000
verringert, während der Hauptanteil des Ausfalles auf Kosten
der Materiallieferungen fällt. Die neu eingestellten Arbeiter
werden insgesamt annähernd 2000 Kilometer Gleisoberbau er-
neuern bzw. auszubessern haben, und zwar sind an diesen Ar-
beiten alle Reichsbahndirektionsbezirke ungefähr gleichmäßig
beteiligt.

Der Beamtendörper Deutschlands

Die jetzt vorliegenden Endergebnisse der Reichsfinanzstatistik
geben einen Überblick über die Zahl der Beamten vom 31. März
1927 im Reich, in den Ländern und Gemeinden mit mehr als
2000 Einwohnern. Bei den Gemeinden unter 2000 Einwohn-
nern sind die Beamtenspersonen mitgezählt. Von den Beamten ent-
fallen auf:

Reich (ohne Militärpersonen) 94 954, Länder (ohne Hanse-
städte) 384 186, Gemeinden 312 735, Hansestädte 28 210. In-
sgesamt also 770 085 Beamte. Die Lehrer sind teils bei den
Ländern, teils bei den Gemeinden aufgeführt. Zählt man die
Beamten der Reichsbahn und der Reichspost (im Durchschnitt
des Jahres 1929: 310 000 bzw. 257 000) hinzu, so ergibt sich
eine Gesamtzahl von 1 337 085 Beamten. Von diesen gehören
den unteren Gruppen rund 950 000, den mittleren Gruppen
und Lehrern rund 300 000, den höheren Gruppen rund 150 000
Beamte an.

Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr

Nach einer jetzt erschienenen Statistik des Deutschen Städte-
tages, die 119 Orte umfaßt, von den Großstädten bis zu den
kleineren mit 20 000 Einwohnern, ist fast überall in Deutsch-
land im Winterhalbjahr 1930/31 eine geringere Zahl von aus-
ländischen Besuchern gezählt worden als im Winterhalbjahr
1929/30. In erster Linie blieben viele Geschäftsreisende weg. Die
Vergnügungsreisenden schränken ihre Aufenthaltsdauer ein.
Inmerhin gibt es einige Orte des internationalen Fremden-
verkehrs die doch noch eine nennenswerte Zunahme von aus-
ländischen Besuchern registrieren konnten. Dazu gehören
Hannover, das eine Steigerung von 23 Prozent brachte, Wachen
mit 19,6 Prozent, Wiesbaden mit 24 Prozent, die Stadt Bad
Nauheim mit sogar 34,8 Prozent, sowie Koblenz und Ilm
mit 8 bis 8 Prozent. Den Rekord hält wohl Plauen mit
85,6 Prozent. Fast alle Großstädte weisen dagegen Rückgänge
auf und zwar: Frankfurt a. M. 21,4 Proz., Leipzig 17,7 Proz.,
Köln 16,9 Prozent, Berlin 15,1 Prozent, Hamburg 13,2 Proz.,
München 12,5 Prozent und Wuppertal 7,8 Prozent. Be-
merkenswert ist, daß im Spiegel der Gesamtbesucher-
bilanz der durchschnittliche Rückgang des Auslandsbesuches
geringer ist als der des Gesamtbesuches.

Die 21 Städte mit dem größten Auslandsfremdenverkehr
sind, dem Umfang nach geordnet, folgende (in Klammern die
jeweilige Besucherzahl während der sechs Wintermonate
in 1000): Berlin (89), München (36), Hamburg (30), Leip-
zig (26), Köln (24), Dresden (21), Düsseldorf (13), Stutt-
gart (11), Frankfurt (11), Bremen (10), Nürnberg (10), Dres-
den (7), Mannheim (6), Freiburg (6), Wiesbaden (5,6), Chem-
nitz (4), Karlsruhe (4), Wachen (4), Heidelberg (4), Dortmund
(3,8), Konstanz (3,5).

Voruntersuchung gegen die Gebrüder Lahusen eröffnet. Wie
von der Bremer Oberstaatsanwaltschaft mitgeteilt wird, ist
gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Norddeutschen
Wollammerei & Kammergarnspinnerei in Bremen, G. C. La-
husen, Diplomingenieur Dr. Heinz Lahusen und Friedrich La-
husen die gerichtliche Voruntersuchung wegen Betruges und
schwerer strafrechtlicher Verstöße gegen handelsrechtliche Vor-
schriften eröffnet worden.

Nachklänge zum Autonomistenprozeß

Am Freitag traf der im Colmarer Autonomistenprozeß im
Abwesenheitsverfahren verurteilte Postdirektor a. D. Emil
Bink mit dem Direktor der „Straßburger Zeitung“, „La Répu-
blique“ Fritz Geder, am Grenzposten der Brücke in Neu-Drei-
sach ein, um sich den Gerichtsbehörden zu stellen. Nach einem
Personalienverhör wurde Bink per Auto nach Colmar ver-
bracht und dort dem Generalstaatsanwalt am Appellhof vor-
geführt, der seine Einlieferung in das Colmarer Gericht ver-
anlaßte. Herr Bink lehnte jegliche Erklärung ab. Sein Ver-
teidiger wird auf Grund des in Besancon erfolgten Freispre-
ches des Autonomisten Moos und andererseits auf Grund des
inzwischen eingebrachten Amnestieprojektes die vorläufige Haft-
entlassung seines Klienten beantragen.

Der frühere Autonomistenführer Emil Bink war bekannt-
lich am 12. Juni 1928 im Kontumazverfahren vom obersten
Schwurgericht zu 15 Jahren Festungshaft und 20 Jahren
Aufenthaltsverbot verurteilt worden. Bink hat in der „Zu-
kunft“ eine führende Rolle gespielt.

Kleine Chronik

Gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ ist es in Stutt-
gart in den Kassenkassettenspielen zu großen Demonstrationen sei-
tens der Nationalsozialisten gekommen. Schutzpolizei zerstreute
die Demonstranten mit dem Gummiknüppel. Die Filmauffüh-
rungen selbst verliefen ruhig. Es wurden etwa 20 Sitzierungen
vorgenommen.

In der Stadt Dürren und im südlichen Teil des Kreises Dür-
ren (Rheinland) wurden Freitag nachmittags gegen 18 Uhr
zwei Erdbeben verspürt, die von unterirdischen Rollen beglei-
tet waren. Schäden wurden bisher nicht festgestellt.

In der Villa des Generaldirektors Caspar in Sindlingen bei
Frankfurt a. M., stahlen Einbrecher einen Original — von
Dyd im Werte von 200 000 RM und einen echten Antonis
Balanodosz im Werte von 40 000 RM. Der von Dyd stellt den
Christus am Kreuz dar, Größe 32,4 x 45 Zentimeter, und der
Balanodosz zeigt eine musizierende Gesellschaft, Größe
56 x 74 Zentimeter. Die Versicherungsgesellschaft und der Ge-
schädigte haben eine Belohnung von 20 Proz., gleich 48 000 RM,
ausgeschrieben.

Die im Grunewald bei Berlin aufgefundene Ermordete ist
die 17 Jahre alte Kontorsistin Gerda Kalisch, die bei ihren El-
tern in Charlottenburg wohnte und eine Radtour gemacht hatte.
Auf die Gezeigung des Mörders aus dem Grunewald hat der
Berliner Polizeipräsident eine Belohnung von 1000 RM aus-
gesetzt.

In der Morbfache Kürten waren vom Regierungspräsi-
denten in Düsseldorf insgesamt 15 000 RM ausgesetzt worden als
Belohnung für Angaben, die zu einer Aufklärung der Mord-
fälle führen konnten. Der Regierungspräsident hat insgesamt
15 Personen das Anrecht auf die Belohnung zuerkannt. Frau
Kürten erhält 4000 RM. Die restlichen 11 000 sind in Teilbe-
trägen von 1750 RM bis 100 RM verteilt worden.

Die durch das Hochwasser, die Regenfälle und die Stürme
im Unterelbegebiet angerichteten Schäden sind noch größer, als
man anfänglich angenommen hat. Auch mehrere Menschen-
leben fielen dem Hochwasser zum Opfer.

Beim Sturz mit einem gestohlenen Motorrad bei Leipzig
erlitten zwei unbekannte Männer so schwere Verletzungen, daß
sie bald darauf starben.

Ein Lastkraftwagen, auf dem der Chauffeur acht Kinder
zu ihrem Vergnügen mitgenommen hatte, kam bei Eich (Kreis
Worms) plötzlich ins Rutschen und staupte in den Rhein. Ob-
wohl es dem Chauffeur gelang, einige Kinder vom Wagen
herabzureißen, konnte er nicht verhindern, daß drei Kinder mit
dem Wagen in den Rhein verschwand und ertranken.

Am Strand der Nordseeinsel Pellworm wurden am Don-
nerstagnachmittag die Leichen zweier Frauen aufgefunden,
die sich vergiftet hatten. Es handelt sich um zwei Kriminalbe-
amten aus Hamburg, die in der Abteilung Sittenpolizei be-
schäftigt waren und Mißbilligkeiten im Dienste gehabt haben.
Die Stellung der Regierungsrätin Erlens, einer international
bekannten Kollaborantin, scheint erschüttert zu sein.

Im Montblanc-Gebiet werden seit Dienstag vier Münche-
ner Alpinistinnen vermisst, die den Montblanc besteigen woll-
ten.

Auf ihrem Europarundflug, der 30 Tage dauerte und sich über
10 000 Kilometer erstreckte, landeten 6 französische Militä-
rflugzeuge Freitag nachmittags auf dem Flugplatz in Kopen-
hagen.

Freie aus einer Lugeeinrichtung zielbewußt zu einer sozio-
logisch bedingten Angelegenheit aller zu machen. Andererseits
wäre es wiederum schief aufgefaßt, Sparsamkeit, wollte man
von vornherein in den sogenannten „Kanonon“ zu zahlenden
hohen Honorare bemängeln. Zwar ist immer mit derlei En-
gagements ein großes finanzielles Risiko verbunden, aber bei
einiger Heiligkeit kann die Sache doch meist noch rentabel
ausgehen, und ein Beschlag entsetzt oft nur, weil man mit
dem berühmten Namen auch selbst viel verdienen will und die
Eintrittspreise des hinausgeschraubt. Unter rein ästhetischem
Gesichtspunkt bemerkt erheben sich freilich gegen beide Ver-
suche, uns auf diese Art die reguläre musikalische Winterkost
weiter zu servieren, schwere Bedenken. Denn sobald sich die
verantwortlichen Leiter — seien sie nun Hüter eines staatlich
und städtisch subventionierten Instituts oder Privatunterneh-
mer — nur vom Raffineriepunkt dreifachlagen lassen, opern
sie jede erwünschte abwechslungsreiche Programmgestaltung,
verfeinern sie sich auf dieselben bewährten Attraktionen und
geben alle individuellen Reizmomente einer Vorrangfolge
preis. So wird man serienweise immer wieder die gleichen
alberliebten Orchester- und Chorwerke hören, und auch die Sol-
listen, soweit sie für unseren gegenüber den kontinentalen Welt-
städten doch wirtschaftlich sehr geschwächten Radius noch in
Frage kommen, werden gebeten, ja mit allbekannten Stücken
hier aufzuwarten.

Sind aber diese zur absoluten Eintönigkeit führenden Kon-
sequenzen wirklich nicht zu vermeiden, muß diese innere Un-
befriedigtheit trotz reichlicher Kost in der musikalischen Ernäh-
rungsfrage mit in Kauf genommen werden? Ja glaube, es
gäbe doch noch einen dritten Ausweg, der bei aller Rücksicht,
die man heute in künstlerischen Offenheitsbetrachtungen auf
das Publikum zu nehmen hat, eben auch der Kunst selbst dien-
lich ist. Es ist der Weg einer nicht bloß passiv zuwartenden,
sondern zugleich aktiv reagierenden Stellungnahme zu den mu-
sikalischen Ereignissen, ein Weg, der sowohl in seinen sorgfältig
durchgeführten Programmen den populären Desiderien ent-
gegenkommt, wie er aber andererseits diesen doch keineswegs
die Kunst als Ware ausliefert und deshalb auch den als be-
sonders interessiert anzusehenden Musikfreieren sich vollgütig
manifestiert. Er wäre außerdem die einzige und letzte
Möglichkeit, um die Bilanz des bedrohten Konzertlebens doch
allmählich wieder zuverfichtlicher zu gestalten und um dem jäh-
lichen Musikablauf ein so festes Rückgrat zu leihen, daß er sich
nicht nur auf wirtschaftlich rationaler Basis, sondern auch aus
ideellen Bedürfnissen neu aufbaut.

Badischer Teil

Die badischen Staatsfinanzen

Ein Wort der Aufklärung

Vom Staatsministerium wird mitgeteilt:

In der Presse sind vielfach hinsichtlich der Entwicklung der finanziellen Verhältnisse des Landes Baden innerhalb der letzten Jahre unrichtige Nachrichten verbreitet worden. Es erscheint daher zweckmäßig, eine zahlenmäßige Feststellung zu treffen:

Ist-Fehlbetrag der Jahre 1924—1926		
nach dem Stand am 31. März 1927	— 10 758 293,53 RM	
Ist-Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1927	— 2 394 585,88 „	
Stand am 31. März 1928 Fehlbetrag		
Ist-Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1928	— 13 152 879,36 RM	
Stand am 31. März 1929 Fehlbetrag		
Ist-Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1929	— 14 317 926,41 RM	
Stand am 31. März 1930 Fehlbetrag		
Ist-Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1930	— 25 095 328,70 RM	
Kon diesem Fehlbetrag sind nach dem Vorschlag noch auf Anleihe zu übernehmen:		
1. Landstraßenaufwand	14 127 988,87 RM	
2. Beamtenwohnungsneubauten	8 544 767,70 „	
3. Klinik in Freiburg	500 000,— „	
Zusammen		18 172 706,57 RM

Keiner Fehlbetrag nach dem Stand vom 31. März 1930 6 922 622,18 RM

Das am 1. April 1930 beginnende Budget läuft noch und ist noch nicht abgeschlossen.

Die genannten Darlehen von 18 172 706,57 RM konnten allerdings infolge Geldknappheit bis heute noch nicht aufgenommen werden.

Der Ist-Fehlbetrag vom 31. März 1927 mit 10 578 293 Reichsmark ist also bei Berücksichtigung der Darlehen inzwischen nach dem Stand vom 31. März 1930 auf 6 922 622 RM herabgesunken. Dabei ist zu beachten, daß in den letzten Jahren die Überwälzung von Ausgaben auf Anleihen, z. B. für Straßen im Vergleich zu früher überhaupt stark eingeschränkt wurde.

Zu dieser offiziellen Erklärung des Staatsministeriums bemerkt die Redaktion noch folgendes:

Nach der Einnahme des Finanzministers Dr. Schmitt vom 14. Januar 1931 beträgt nach vorläufiger Schätzung das Finanzvermögen des badischen Staates mehr als 400 Millionen RM. Darunter befinden sich das Domänenvermögen und bedeutende Aktienwerte. In dem Betrag von mehr als 400 Millionen RM ist das Verwaltungsvermögen, z. B. die Hofeisen- und Verwaltungsgebäude überhaupt nicht berücksichtigt. Demgegenüber beträgt der Schuldenstand von heute etwa 136,5 Millionen RM. Das bedeutet also eine Belastung des Vermögens mit etwa ein Drittel. Die Schulden sind aber im wesentlichen verwendet worden für verbundene, unmittelbar produktive Anlagen, die ihrerseits wieder einen aktiven Vermögensstand darstellen, z. B. Bahnen, Badenwerk, Staatsbrauerei, Wohnungsbauten, Meliorationen, Bodenkultur, Wirtschaftsfonds, produktive Erwerbsloshilfe, Klinik, Wohnungsfürsorge, Erwerb der Aktien der Badischen Bank. Die Wohnungsfürsorge allein repräsentiert ein Vermögen von rund 57 Millionen RM.

Wie wir hören, beabsichtigt das Staatsministerium in den nächsten Tagen eine genaue Aufstellung des Vermögens- und Schuldenstandes des Landes Baden zu veröffentlichen.

Wenn das Land Baden — wie andere Länder — trotz dem in eine mifflige Lage gekommen, so rührt das in erster Linie davon her, daß Baden an Reichsteuern überweisungen für das Jahr 1931 mindestens 27 Millionen Reichsmark weniger erhält als im Vorschlag auf Grund von Schätzungen des Reiches vorgesehen war. Die Einnahmen der Forsten aus Holz bleiben gegenüber der vorsichtigen Schätzung des Vorschlags infolge der katastrophalen Lage auf dem Holzmarkt um 7—8 Millionen zurück. Eine Aufnahme von Darlehen für laufende Staatszwecke, Beamtengehälter und dergleichen ist finanzpolitisch nicht zu verantworten. Sie wäre übrigens auch nach der Lage auf dem Geldmarkt unmöglich. Das Reich hat jede Hilfe versagt. Es hat im Gegenteil die Länder gezwungen, die Reichsteuern zu senken, was für Baden 2,5 Millionen ausmacht. Ferner ist das Land gezwungen, von der Landesbeamten-Besoldungsfürsorge entsprechend der Notverordnung des Reichspräsidenten die Hälfte an die Gemeinden abzutreten. Allein diese beiden letzteren Beträge zusammen kommen dem Betrag gleich, der jetzt durch die badische Besoldungsfürsorge heringebracht werden muß.

Aus der badischen Industrie

Lohnkürzungen bei Daimler-Benz. Die Firma Daimler-Benz in Mannheim hat der Belegschaft des Mannheimer Werkes mitgeteilt, daß sie bereit sei, den Mannheimer Betrieb aufrechtzuerhalten, wenn die Arbeiter sich mit einem weiteren Abbau ihrer Bezüge einverstanden erklären. Auf die Ablehnung der Belegschaftsversammlung sprach die Direktion die Gesamtkündigung aus mit der Zusicherung, diese zurückzunehmen, wenn die Belegschaft nachträglich die ihr gestellten Bedingungen annehme. Die Abzüge sollen 8—20 % der Stunden betragen, d. h. bei den Mannheimer etwa 5—25 %. Die Belegschaft hat darauf mit passiver Resistenz geantwortet; sie erschien wohl im Betrieb, erklärte jedoch, daß sie nur unter den bisherigen Bedingungen weiterarbeiten und stellte, der „N. L.“ zufolge, zunächst die Arbeit ein.

Verbot der nationalsozialistischen Parteiformen

Auf Grund des § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 hat der Minister des Innern für den Freistaat Baden das Tragen einheitlicher Parteiformen oder Bundeskleidung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen, insbesondere der Sturmabteilungen (S.-A.), der Schutzstaffel (S.-S.) und der Hitlerjugend mit sofortiger Wirkung verboten. Zu solcher Uniform oder Bundesstracht gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen zu kennzeichnen. — Zuwiderhandlungen werden gemäß § 8 Satz 3 der Verordnung vom 28. März 1931 bestraft.

Die Ausschreitungen und blutigen Zusammenstöße anlässlich des uniformierten Auftretens von Mitgliedern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei haben sich gerade in letzter Zeit in Baden — und zwar nicht nur in den Städten, sondern insbesondere auch auf dem Lande — derart gehäuft, daß ein sofortiges energisches Einschreiten geboten war. Anlaß zu diesen Vorkommnissen war fast durchweg das provozierende Auftreten der Nationalsozialisten in Parteiformen. Um weitere derartige Ausschreitungen und Störungen zu verhindern, blieb nur die Möglichkeit, erneut ein Uniformverbot für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu erlassen. Es darf ermartet werden, daß durch diese Maßnahme die Sicherung von Ruhe und Ordnung im Lande Baden in erhöhtem Maße gewährleistet wird.

Die Jagd auf Wildenten

Auf Grund des § 26 Abs. 3 des Jagdgesetzes vom 28. Mai 1927 ist die Schonzeit für Wildenten bis zum 31. August 1931 ausgedehnt und ihr Wiederbeginn auf 1. Februar 1932 festgesetzt worden. Die nochmalige Verlängerung der Schonzeit erschien erforderlich, weil die Verluste an Wildenten durch den strengen Winter 1928/29 und durch das Hochwasser im Mai 1930 noch nicht ausgeglichen sind. Dazu kommt, daß die im Mai dieses Jahres in einem großen Teil des Landes niedergegangenen Unwetter und die in ihrem Gefolge aufgetretenen Hochwasser den größten Teil der Gelege der Wildenten wieder vernichtet haben.

Erhebung der allgemeinen Kirchensteuer 1931 und 1932

Der katholische Oberkirchenrat teilt mit: Verschiedenen Anfragen gegenüber weisen wir darauf hin, daß der Beschluß der kath. Kirchensteuerbetriebe für 1931 und 1932 eine Kirchensteuer von 10 Proz. der staatlichen Einkünfte zu erheben, keine Erhöhung der Kirchensteuer gegenüber früher bedeutet, daß vielmehr auch in diesen beiden Kirchensteuerjahren 1931 und 1932 bei der Erhebung der allgemeinen katholischen Kirchensteuer der gleiche Steuerfuß wie bisher zugrunde zu legen ist.

Die Kraftfahrzeugunfälle in Baden im Jahre 1930

Nach den vorläufigen Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts beträgt die Zahl der Unfälle beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen, die in Baden im Jahr 1930 zur amtlichen Kenntnis gelangt sind, 1156, ist also gegenüber dem Vorjahr, wenn auch nur unbedeutend, zurückgegangen (im 25. v. H.), obwohl die Zahl der Kraftfahrzeuge in den letzten Jahren ganz erheblich zugenommen hat. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Abnahme der Unfälle auf die in letzter Zeit fast in allen Städten erfolgte polizeiliche Verkehrsregelung und im Zusammenhang damit auf die erhöhte Aufmerksamkeit des Publikums gegenüber Kraftfahrzeugen zurückführt.

Beteiligt waren an den Unfällen 4913 Personenkraftwagen, 2742 Krafttaxis, 1578 Last- und Lieferwagen, 169 Kraftomnibusse, 90 Zugmaschinen usw.

Verletzt wurden 4652 Personen, und zwar 2421 Fahrzeugführer und Insassen sowie 2231 dritte Personen; getötet wurden 210 Personen (darunter 100 Führer und Insassen). Der durch Kraftfahrzeugunfälle bewirkte Sachschaden belief sich nach polizeilichen Feststellungen auf rund 1 1/2 Millionen Reichsmark. Die Ursache der Unfälle lag bei rund zwei Dritteln sämtlicher zur amtlichen Kenntnis gelangten Unfälle auf einer unangemessenen Bedienung des Kraftfahrzeugs; in rund 45 v. H. aller Fälle war der Unfall auf zu schnelles und unvorsichtiges Fahren, in rund 23 v. H. auf vorchriftswidriges Fahren zurückzuführen. In 167 Fällen rutschte das Fahrzeug infolge glatter oder aufgeweichter Fahrbahn, in 161 Fällen lag ein Fahrzeugdefekt vor, in 134 Fällen war das Warnungszeichen unterlassen. In 1446 Fällen (das sind rund 20 v. H.), trug die Schuld am Unfall die Unachtsamkeit oder sonstiges schuldhaftes Verhalten von Fußgängern, Radfahrern, Fuhrwerksführern usw.; in 240 Fällen ist Betrunkenheit des Führers festgestellt worden. Der unheilvolle Einfluß des Alkohols bei Kraftfahrzeugführern trat im Jahr 1930 dadurch in die Erscheinung, daß 12 Personen getötet und 226 Personen verletzt wurden.

Die Höchstzahl von Unfällen ereignete sich im Jahr 1930, wie in den Vorjahren, in den Amtsbezirken mit den größten Städten; an erster Stelle steht der Amtsbezirk Mannheim mit 1395 Unfällen (19,5 v. H.), dann folgen Karlsruhe mit 1188 (16,6), Freiburg mit 727 (10,2), Heidelberg mit 566 (7,9), Rastatt einschließlich der Stadt Baden-Baden mit 291 (4,1), Konstanz mit 277 (3,9), Pforzheim mit 257 (3,6) usw. Die geringste Zahl von Unfällen weist, wie in den Vorjahren, der Amtsbezirk Pfullendorf (7 Unfälle) auf.

Geht man auf die Häufigkeit von Kraftfahrzeugunfällen in den einzelnen Monaten ein, so zeigt sich, daß die Reifezeit Mai bis August an erster Stelle stehen; auf sie entfällt eine Gesamtzahl von 2983 Unfällen, auf die Monate März, April, September und Oktober 2483, auf die Wintermonate November, Dezember, Januar und Februar nur 1690.

Wie in den Vorjahren, ereigneten sich die meisten Unfälle am Samstag (15,9 v. H.), am Montag (15,3) sowie am Sonntag (14,7); an letzter Stelle steht der Donnerstag mit 12,6 v. H. Geht man noch endlich auf die Unfälle nach der Tageszeit ein, so zeigt sich, daß die meisten Unfälle (35,7 v. H.) in den Nachmittagsstunden von 4 bis 8 Uhr ereignen. Dann folgt die Zeit von 12 bis 4 Uhr nachmittags (26,2 v. H.), die Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr (18,5 v. H.) usw.

Das badische Notgesetz

Aus dem Gesetz- und Verordnungsblatt

Das am Freitag mittag ausgegebene Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 41) enthält das Notgesetz: Änderungen im Staatshaushalt. Das Notgesetz wird wie folgt eingeleitet:

„Das Staatsministerium berodnet im Namen des badischen Volkes auf Grund des § 56 Abs. 2 der Badischen Verfassung und so weit notwendig auf Grund von Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung“ — und nun folgen die schon bekannt gegebenen einzelnen Maßnahmen und zwar zunächst die Bestimmung über die Verwendung des Anteils an dem durch Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft flüssig zu machenden Betrag von 50 Millionen RM ausschließlich für das Land Baden, sodann die Bestimmungen über die Verwendung der Gebäudesondersteuer, über den Lehrbeitrag und hieran anschließend die Besoldungsänderungen. Aus diesen Änderungen wäre noch folgendes hervorzuheben:

Der Kürzung (5 Prozent) für die Zeit vom 1. August 1931 bis zum 31. März 1932 unterliegen die Dienstbezüge der im Dienst befindlichen und der ehemaligen Minister und der Hinterbliebenen von solchen, ferner die Dienstbezüge der Beamten, die Versorgungsbezüge der im einstweiligen oder endgültigen Ruhestand befindlichen Beamten, der ehemaligen und der ihrer Amtspflichten enthobenen Beamten mit Einschluß der früheren Hofbeamten, ferner der Beamten der weltlichen Stiftungen und ausgeschiedenen Verwaltungszweige, sowie die der Staatsklasse zur Last fallenden Ruhegehaltsanteile früherer Staatsbeamten, endlich die entsprechenden Bezüge der Hinterbliebenen von Beamten mit Einschluß der Hofbeamten und der ehemaligen Beamten und die Pensionaufschüsse an Theaterpensionäre und Hinterbliebenen von Mitgliedern der früheren Hoftheaterpensionärskasse.

Es folgt dann die Bestimmung, wonach Bezüge, die den Betrag von 2000 RM jährlich nicht übersteigen, von der Kürzung befreit sind. Auch Kinderzuschläge und Kinderbeihilfen, Dienstaufwandsentschädigungen, Reisekostenvergütungen usw. Umzugskostenvergütungen unterliegen dieser Kürzung nicht.

Die Aufbesserungszuschüsse an die Religionsgesellschaften werden ebenfalls entsprechend gekürzt. Es bleibt den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften überlassen, ihrerseits eine entsprechende Kürzung vorzunehmen. Der Artikel I schließt dann ab mit der vorgesehenen Kürzung des Fürsorgeaufwands.

Die neue Vergütungsordnung für die außerplanmäßigen Beamten sieht 9 Vergütungsdienstjahre, für die Versorgungsanwärter 8 Vergütungsdienstjahre vor. Die Vergütungen steigern sich in diesem Zeitraum in Besoldungsgruppe A 2, jährlich von 3000 RM bis zu 4000 RM, in A 3 von 2650 RM bis zu 3800 RM, in A 4 von 1800 RM bis zu 2550 RM, in A 5, 6 und 7 a von 1700 RM bis zu 2150 RM, in A 7 b und 8 von 1500 RM bis zu 1850 RM, in A 9 und 10 von 1300 RM bis zu 1600 RM, in A 11 und 12 von 1250 RM bis zu 1500 RM.

Zivilanwärter erhalten vom Beginn des zehnten, Versorgungsanwärter vom Beginn des neunten Vergütungsdienstjahres an Vergütungen in Höhe der Grundgehälter der ersten Dienstaltersstufe der planmäßigen Beamten ihrer Eingangsgruppe. Die zur Zeit des Inkrafttretens des Besoldungsgesetzes vom 24. Februar 1928 im Dienste gewesenen außerplanmäßigen Beamten behalten ihr um zwei Jahre verbessertes Vergütungsdienstalter. Ihnen wird bei der ersten planmäßigen Anstellung die bei derselben Dienstlaufbahn zwischen dem Beginn des Vergütungsdienstalters und der ersten planmäßigen Anstellung liegende Zeit auf das Besoldungsdienstalter angerechnet, soweit sie zehn Jahre, bei Versorgungsanwärtern neun Jahre, bei den vor dem 1. April 1920 eingestellten weiblichen Schreibkräfte zehn Jahre übersteigt.

Artikel II des Notgesetzes bringt die ebenfalls schon bekanntgegebenen Bestimmungen für die Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise und sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die bekanntlich verpflichtet wurden, die Dienstbezüge ihrer Beamten einschließlich der Bürgermeister, befol deten Gemeinderäte und sonstigen befol deten Organen herabzusetzen, soweit sie höher liegen, als die Dienstbezüge gleichwertender Landesbeamten. Bei diesem Vergleich der Dienstbezüge sind alle Geldbezüge und geldwerten Bezüge heranzuziehen, welche diese Personen mit Rücksicht auf ihre hauptamtliche oder nebenamtliche Dienstleistungen erhalten.

Zur Schaffung eines gerechten Ausgleichs innerhalb der Beamenschaft und zur Erleichterung der finanziellen Notlage der Gemeinden und Kreise wird eine Ausgleichsabgabe erhoben. Zur Entrichtung dieser Abgabe sind verpflichtet: a) Personen, denen gegen Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise und sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Gehalt-, Versorgungs- oder Hinterbliebenenanprüche zustehen und deren Bezüge zu kürzen sind. Die Abgabe wird erhoben, wenn diese Kürzung infolge Geltendmachung wohlverordener oder vereinbarungsmäßiger Rechte nicht oder nur teilweise durchgeführt werden kann; b) Beamte der Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts einschließlich der Bürgermeister, befol deten Gemeinderäte und sonstigen befol deten Organe, deren Dienstbezüge höher liegen als die Dienstbezüge gleichwertender Beamter des Landes.

Der zugunsten der Gemeinden gebundene Anteil an der Mineralwassersteuer wird dem Gemeindeausgleichsstad zur Unterstützung solcher Gemeinden zugewiesen, die infolge der Wohlstandsverluste besonders notleiden.

Das Notgesetz trat mit dem gestrigen Freitag in Kraft.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. Juli		10. Juli	
	Weib	Berie	Weib	Berie
Amsterdam 100 G.	169.58	169.92	169.55	169.89
Kopenhagen 100 Kr.	112.74	112.96	112.74	112.96
Italien . . . 100 L.	22.05	22.09	22.05	22.09
London . . . 1 Pfd.	20.475	20.515	20.475	20.515
New-York . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.49	16.53	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	81.76	81.92	81.65	81.79
Wien 100 Schilling	59.24	59.36	59.195	59.315
Prag 100 Kr.	12.472	12.492	12.472	12.492

Ballen Hafenverkehr im ersten Halbjahr. Der Gesamtverkehr im Badler Rheinhafen im ersten Halbjahr 1931 betrug 505 742 Tonnen gegenüber 442 861 Tonnen im Vorjahr. Trotzdem im Mai und Juni die Biftern infolge der wirtschaftlichen Depression rückläufig war, ist der Gesamtverkehr im ersten Halbjahr immer noch beträchtlich, besonders, wenn man bedenkt, daß das erste Halbjahr 1929 nur einen Umschlag von 287 600 Tonnen aufwies.

Aus der Landesbauhauftstadt

Die nächste Sitzung des Bürgerausschusses Karlsruhe findet am Montag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, statt. Sie wird sich, wie bekannt, mit einer Verschärfung der Geschäftsordnung im Sinne der Verordnung des Innenministers befassen.

Die Magauer Brücke. Wie der Handelskammer Karlsruhe bekannt wurde, bestehen zwischen der Stadt und der Reichsbahnverwaltung Karlsruhe über die Linienführung der badi-schen Brückenrampe Meinungsverschiedenheiten. Der Bau der Rampe, den die Stadt Karlsruhe finanzieren würde, wäre geeignet, eine ganze Anzahl Arbeitslose zu beschäftigen. Die Handelskammer hat sich deshalb an den Reichsverkehrsminister gewandt mit der dringenden Bitte, dafür zu sorgen, daß in der Frage der Rampeführung auf badi-scher Seite möglichst bald die Entscheidung gefällt werde. Daraufhin hat die Handelskammer unterm 7. d. M. von dem Reichsverkehrsminister nachstehende Antwort erhalten: „Die Rampeführung auf der badi-schen Seite steht in engem Zusammenhange mit der Ausbildung der Rampe auf dem bayerischen Ufer. Über beide Entwürfe schweben seit längerer Zeit in Verbindung mit der landespolizeilichen Prüfung Verhandlungen, deren Abschluß sich jedoch im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht übersehen läßt. Ich werde bei Behandlung der gesamten Angelegenheit nach wie vor auf mögliche Beschleunigung hinwirken.“

Verbreiterung des Stichtals des Rheinhafens. Dem Bürgerausschuß Karlsruhe ist ein Stadtratsbeschluß zugegangen, nach dem vorgesehen ist, die Verbreiterung des Stichtals zum städtischen Rheinhafen in Angriff zu nehmen. Der Gesamtaufwand wird mit rund 1,6 Millionen M. veranschlagt. Die Deckung soll aus verlorenen Zuschüssen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge, aus Darlehen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge und aus laufenden Wirtschaftsmitteln für Arbeitsfürsorge erfolgen.

Schaffer-Gilde. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß ab heute bis zum 26. d. M. auf dem Neureuter Egerplatz die Schaffer-Gilde ihre neuen verbesserten Einfamilienhäuser zur Ausstellung bringt. Die Innenausstattung wurde durch hiesige Firmen übernommen. Eine Besichtigung der Räumlichkeiten können wir unseren Lesern bestens empfehlen. Eintritt frei. Erfrischungen sind auf der Siedlung zu haben.

Ein viertes Todesopfer des Karlsruher Familien dramas. Das furchtbare Familien drama in der Karlstraße hat ein viertes Todesopfer gefordert. Inzwischen ist auch der 14-jährige Sohn der unglücklichen Familie Hinz im Städtischen Krankenhaus gestorben. Nur der 11-jährige Knabe, der immer noch im Krankenhaus liegt, dürfte mit dem Leben davonkommen.

Badisches Landestheater. In der am heutigen Samstag als letzte Erstaufführung dieser Spielzeit in Szene gehenden Schwant „Schwengels“, von Fritz Peter Buch sind in den Hauptrollen beschäftigt, die Damen Vertam, Ermath, Frauendorfer und Mademacher, sowie die Herren Brand (in der Titelrolle), Gemmede, Paul Müller, Luther, Prüter und Schulze. Die Spielleitung hat Fritz Perz. — Die letzte Vorstellung im allgemeinen Spielplan vor den Theaterferien findet am Sonntag, dem 12. Juli, mit Verdis Oper „Aida“ statt und zwar mit Fina Reich-Dörich in der Titelrolle, Elfe Grünwald-Seyfert als „Amneris“, Franz Schuster als „Ramses“, Wilhelm Rentwig als „Radames“, Hans Ritschl als „Amoneos“ und Viktor Hoppach als „Ramses“.

Städtisches Konzerthaus. Sommeroperette. Das Repertoire der diesjährigen Sommeroperette betont in erster Linie das Genre der ausgeprochenen „Wiener-Operette“. In diesem Sinne wurden auch die Hauptfächer des Ensembles verpflichtet und diesen entsprechend die Auswahl der einzelnen

Stücke getroffen. Vertreten sind von Operetten-Komponisten die populärsten Namen mit je einem ihrer besten Werke. So erscheinen: Oscar Strauß mit seiner Meisteroperette „Ein Walzertraum“, Leo Fall mit „Die Rose von Stambul“, die wohl zu seinen allergrößten Erfolgen zählt. Leo Ascher, der populäre Wiener Komponist, der mit „Soheit tangt Walzer“ einen Welterfolg errungen hat, Franz Lehár mit „Die lustige Witwe“, die vielleicht die Schrittmacherin für diese Art von Operetten gewesen ist und Edmund Eysler, der Altmeister Wiener Musik, mit seinem weinfrohlichen „Der lachende Ehemann“. Als voraussichtlich letzte Premiere steht das Singspiel „Ich hab mein Herz in Heidelberg verloren“ im Spielplan, dessen Wahl vielleicht gerade vom hiesigen Publikum sehr begrüßt werden wird. Nicht unerwähnt sei, daß dieses Singspiel bei seiner Uraufführung in Wien einen sensationellen Erfolg errang und auf geradezu phantastische Aufführungsziffern zurückblickt. Mit der Operette „Ein Walzertraum“ mit den Damen Janl, Jensen und Biegler und den Herren Federer, Böser, Lindemann, Mehner und Schniger in den Hauptrollen wird die Saison am 14. Juli 1931 eröffnet. Der Vorverkauf, der außer der Konzerthauskasse von den bekannten Vorverkaufsstellen und der Billettkasse des Badischen Landestheaters besorgt wird, hat bereits lebhaft eingesetzt, wohl ein Zeichen dafür, daß das Programm den Beifall des Publikums gefunden hat. Aber auch die Senkung der Eintrittspreise wird allgemein begrüßt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstag morgen: Über Frankreich hat sich ein Hoch entwickelt, unter dessen Einfluß Niederschläge bei uns aufgetrieben haben. Das Hoch wird uns heiteres Wetter bringen. Voraussage: Vorwiegend heiter, trocken und wärmer bei schwacher Luftbewegung.
Wasserstände: Badshut 378 minus 8, Basel 192 minus 13, Schutterinsel 260 minus 9, Keßl 393 minus 27, Magau 607 minus 18, Mannheim 537 plus 24, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

10. Mannheim, 10. Juli. Heute vormittag besuchte der 24 Jahre alte Tagelöhner Hans Jhrig seine seit 4 Tagen von ihm getrennt lebende 14-jährige Ehefrau, die im 4. Stock wohnte, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Im Verlaufe einer Auseinandersetzung, in der es gegenseitige Schlägerei gab, riß die Frau das Fenster auf, um nach Hilfe zu rufen. In diesem Moment padte Jhrig die Frau an den Beinen und stürzte sie durch das Fenster auf die Straße. Sie wurde mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Unmittelbare Lebensgefahr soll nicht bestehen. Der Ehemann wurde festgenommen.

11. Heidelberg, 11. Juli. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Heidelberg fand gestern nachmittag der Prozeß gegen den Studenten der Medizin, Georg Dörr, wegen Aufzuges, Landfriedensbruches, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Aufreizung zum Klassenhaß statt. Der Angeklagte erklärte, er habe weder den Studenten Musik mit Gewalt aus dem Vorraum der Universität hinausgedrängt, noch den Polizei-Rottenmeister Meß mit einem Spazierstock geschlagen. Bei der Beweisaufnahme stellte sich heraus, daß nur der Zeuge Meß und ein weiterer Student gesehen haben wollen, daß Dörr von hinten auf den Rottenmeister eingeschlagen habe. Dieser selbst kann nicht angeben, wer ihn geschlagen habe. Andere Zeugen, darunter verschiedene Polizeibeamte, haben zwar gesehen, daß Meß geschlagen worden ist, wissen aber nicht, von wem. Das Gericht fällt folgendes Urteil: stud. med. Georg Dörr aus Ludwigshafen wird wegen Nötigung zu einer

Geldstrafe von 50 M., ersatzweise fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt wird er freigesprochen.

10. Freiburg i. Br., 10. Juli. Die ältesten Häuser der Kaiserstraße, Ecke Ruzmannstraße, die bekanntlich in den Besitz eines Schweizer Unternehmers übergegangen sind, werden noch im Laufe dieses Monats abgebrochen werden. Der größte Teil der Geschäftsräume ist bereits geschlossen. Auch das Gasthaus „Zum Mohren“, eines der ältesten Gasthäuser Freiburgs, hat seine Pforten geschlossen. Noch in diesem Jahre soll mit dem Aufbau eines großen modernen Geschäftshauses, das neben Geschäftsräumen auch ein Großstadtkino und ein Café enthalten soll, begonnen werden.

10. Münstshöf (Amt Stodach), 10. Juli. Das etwa 7 Jahre alte Mädchen Veria Kätle wurde auf dem Nachhauseweg von einem Handwerksburschen aus Rorschach, namens Anton Zehle, überfallen und geschändet. Ein anderer zufällig vorbeikomender Handwerksbursche befreite die Kleine und brachte sie nach Hause. Der Wüstling wurde verhaftet.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 79) wird für den Freistaat Baden das Tragen einheitlicher Parteiformen oder Bundeskleidung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen, insbesondere der Sturmabteilungen (S.A.), der Schutzstaffeln (S.S.) und der Hitlerjugend, mit sofortiger Wirkung verboten. Zu solcher Uniform oder Bundeskleidung gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen zu kennzeichnen. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 8 Satz 3 der Verordnung vom 28. März 1931 bestraft.

Karlsruhe, den 11. Juli 1931.
Der Minister des Innern:
Raier.

Dem Beamten des Badischen Revisionsvereins in Mannheim, Ingenieur Walter Federle in Mannheim, sind die Befugnisse eines Sachverständigen für die Prüfung von Dampfketten, Aetzplananlagen, Mineralwasserapparaten, Gefäßen für verdichtete oder verflüssigte Gase und für Tankanlagen für flüssige Brennstoffe für das Land Baden übertragen worden.

Karlsruhe, den 9. Juli 1931.
Der Minister des Innern:
J. A.: Imhoff.

Badisches Landestheater

Im Landestheater:
Montag, 13. Juli. Volksbühne: Zuluorstellung. Vor Sonnenaufgang. Drama von Gerhart Hauptmann. 19.30—22.30 (6 M.).
Zu dieser Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältlich.

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 12. Juli. Keine Vorstellung.
Das Landestheater bleibt vom 14. Juli bis mit 8. September 1931 geschlossen.

Neuanmeldungen zur Blahmiete für das kommende Spieljahr werden bei der Theaterkasse entgegengenommen.

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

übernimmt die Einrichtung und die laufende Führung von Geschäftsbüchern für Industrie, Handel und Gewerbe.

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

übernimmt die Bearbeitung von Steuer-sachen und die Vertretung bei den Finanzämtern.

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

übernimmt die Mahnung sämiger Schuldner und den Einzug von Forderungen aller Art.

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

verhütet Konkurse, übernimmt Sanierungen und Vergleichs in gerichtlicher und außergerichtlicher Durchführung. L. 290

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

fertigt kaufmännische Gutachten bei Neugründungen und Umwandlungen. Strengste Verschwiegenheit zugesichert

Oberrheinische Treuhand A.-G.
Karlsruhe i. B.
Kaiser-Allee 5
Fernruf 4965

übernimmt Vermögens-Verwaltungen, die Verwaltung von Häusern und Vertretung in General-versammlungen.

Wir veranstalten ab heute eine **Innenausstellung** unserer **schönen u. billigen Eigenheime** mit großem Garten L. 289

Nehmen Sie diese Gelegenheit wahr, sich selbst von den Vorzügen der Schafferklause zu überzeugen!
Schaffer-Gilde e. G. m. b. H., Lammstraße 11, Tel. 7222
Das Siedlungsgelände befindet sich ca. 1 km hinterm Schützenhaus an der Linkenheimer Landstraße. Postomnibusverkehr ab Ecke Karl- u. Akademiestr. Erfrischungen auf dem Siedlungsgelände

Öffentliche Sparkasse Salem
Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	10 392,36	1. Spareinlagen	2 384 566,44
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-scheckamt	185 259,39	2. Giro und Kontokorrent-einlagen	183 783,54
3. Wertpapiere	86 287,50	3. Sonstige Einlagen	36 028,—
4. Wechsel	54 481,65	4. Anlehens- und andere Schulden	39 228,29
5. Darlehen auf Hypo-theken	1 641 961,99	5. Ausgaberrückstände	—,—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	472 020,97	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	645 881,34	a) gesetzl. Reservefonds	246 562,41
8. Darlehen an Gemein-den	162 593,63	b) Sonderrücklage	35 000,—
9. Einnahmerückstände	164 636,35	c) Aufwertungsstock	466 092,42
10. Grundstücke u. Gebäude	3,—	7. Aufwertungsseinlagen	1 964 079,15
11. Gerätschaften	1,—	8. Reingewinn im Jahre 1930	49 903,96
12. Aufwertungsforde-rungen	1 971 725,03		
	5 395 244,21		5 395 244,21

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 2 568 349,98 RM Einlagen = 205 467,99 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 321 466,37 RM
Somit mehr = 115 998,38 RM

Salem, den 9. Juli 1931. R. 558
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsführer:
Sorg. S. Ambros.

Wir suchen verkäuf. Häuser
jeder Art zwecks Unterbrei-tung an Kaufinteressenten. Nur Angebote von Selbst-eigentümern erw. an die „Vermietungs- u. Verkaufs-Zentrale“, Frankfurt a. M., Goetheplatz 22. L. 287

Badisches Landestheater
Sonntag, den 12. Juli 1931
• E 30
Aida
Von Verdi
Dirigent: Krips

Badisches Landestheater
Montag, den 13. Juli 1931
Volksbühne: Zuluorstellung.
Vor Sonnenaufgang
Drama von Gerhart Hauptmann
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Vertam, Ermath, Frauen-dorfer, Genter, Sellig, Gufe, Gebeisen, Rüllich, Brand, Dahlen, Graf, Perz, Hiel, G. Kienhert, Kuhne, Luther, Prüter, S. Müller

Anfang 19¹/₂ Ende 22¹/₂,
Preise D (1—8 RM)

Anfang 19¹/₂ Ende 22¹/₂,
Preise A (0,70—5 RM)

Zu dieser Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältlich.

FORMULARE
u. sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert
G. BRAUN GMBH.
vorm. G. Braunsche Hofbuch-druckerei u. Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14 u. 18, Tel. 952—54

Wir werben für Sie!